

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/154

Bonn, den 30. Juli 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite: Zeilen:

1 - 2a Die "eigene Kraft" ? 145

Zu den Diskussionen über die Rolle Europas
Von G. Markscheffel

3 Bravo Eisenhower! 36

"IKK" und die Schweden

4 4a Bildungsurlaub für alle Arbeitnehmer 70

Kultureller Fortschritt in Bremen
Eine Initiative des 35-jährigen
Bundestagsabgeordneten H. St. Seifriz

Unser Auslandsbericht:

5 - 6 Vertiefung der deutsch-griechischen Beziehungen 89

Minister Papaligouras warb in Bonn um Verständnis
Von Dr. Basil Mathiopoulos

* * *

* * *

Chefredakteur Günter Markscheffel

Die "eigene Kraft" ?

Zu den Diskussionen über die Rolle Europas
Von G. Markscheffel

Seit einigen Tagen werden in der Bundesrepublik Stimmen laut, die erkennen lassen, daß sich eine neue Diskussion über bisher als gegeben betrachtete Ausgangspositionen unseres Verhältnisses zu den USA und anderen Freunden im Westen anbahnt. Da ist zunächst die im Zusammenhang mit dem Abschied General Norstals entfaltete und nicht nur in der Bundesrepublik aufgeworfene Frage, ob Präsident Kennedy nunmehr einen "weichen NATO-Kurs" zu steuern gedankt. Adenauers Wehrexperte, der CDU-Abgeordnete K l i e s i n g, hat bereits vor einer solchen Entwicklung "gewarnt". Herr Kliesing hat es besonders der neue militärpolitische Berater Kennedys, General Taylor, angetan, der, wie der CDU-Abgeordnete zu wissen vorgibt, strategische Vorstellungen von der Verteidigung Europas im Ernstfall haben soll, bei denen der Einsatz von Atomwaffen des Westens nur dann vorgesehen werde, wenn ein atomarer Angriff des Ostens auf die USA bevorsteht oder ein solcher auf Westeuropa bereits im Gange ist.

Was Herr Kliesing hierbei als "weich" erscheint, ist sicher schwerer zu definieren. Denn ob "gleich oder später" - der Einsatz von Atomwaffen in Europa würde in j e d e m Falle das vorläufige Ende Europas - mit allem was man sich unter diesem Begriff materiell und geistig vorzustellen vermag - bedeuten.

Andere Wehrexperten der CDU warnen ebenfalls. Sie befürchten, daß gewisse Ankündigungen Kennedys über den Abbau feststehender Raketenabschuss-Basen in der Arktis und in der Türkei sowie deren Ersatz durch bewegliche Abschuss-Basen in Form der vom Gegner schwer auszumachenden und mit Atomkraft getriebener Langstrecken-U-Boote die Diskussionen über militärisch verdünnte und kontrollierte Zonen - besonders in Europa - neu beleben könnten.

Auch die Vermutung, Kennedy würde bereit sein, auf gewisse Kontrollmaßnahmen bei einer Abrüstungsabkommen auf Gegenseitigkeit zu verzichten, weil man heute schon jede auch unterirdische Atombombenexplosion registrieren kann, ohne selbst an der betreffenden Stelle zu sein, hat zu Befürchtungen über den zukünftigen Kurs der USA gegenüber der Sowjetunion geführt.

Was denkt de Gaulle ?

Wie um die Erinnerung an den großartigen Staatsbesuch Adenauers in Frankreich mit der deutsch-französischen Parade in Courmoulon und der gemeinsamen Messe in der Kathedrale von Reims zu beleben, wird vorsichtig angedeutet, Frankreich und Deutschland (gemeint ist die Bundesrepublik) müßten nunmehr als die stärksten Partner in Europa dafür sorgen, daß die Verteidigung des Kontinents nicht "ausschließlich von politischer und strategischen Erwägungen in den USA abhängig" bleibt.

30. Juli 1962

Der frühere Ministerpräsident de Gaulles, Michel D é b r é , hat für derartige Überlegungen bereits das Stichwort gegeben. Débré erklärte dieser Tage in Tours (Le Monde, 28. Juli 1962):

- * "Die französische Atomwaffe ist der erste Ausdruck eines grund-
- * sätzlichen politischen Erfordernisses. Die europäischen Nationen,
- * die über die entsprechenden Mittel verfügen, müssen die not-
- * wendigen Anstrengungen machen, um innerhalb der freien Welt
- * ihre Verantwortlichkeiten zu übernehmen, denn es ist unvor-
- * stellbar zu glauben, daß die Sicherheit Europas allein von
- * den USA gewährleistet werden soll." - In dem gleichen Vor-
- * trag sagte Débré zur Rechtfertigung der französischen Atom-
- * waffe: "Man sagt zu oft, daß Europa die Aufgabe hat, seinen
- * Wohlstand zu erhöhen. Das wichtigste Ziel der Nationen, die
- * zusammenarbeiten wollen, um Europa zu einer politischen Rea-
- * lität zu machen, muß die S t ä r k e sein."

Débré hat mit diesen Worten sehr genau die Vorstellung seines Staatschefs de Gaulle von der Rolle Europas interpretiert, des großen alten Staatschefs de Gaulle, der Anfang Juli zu seinem Freund Dr. Konrad Adenauer in Paris sagte: "Ich hoffe und wünsche, sehr geehrter Herr Kanzler, daß Sie noch recht lange an der Macht bleiben mögen."

Politische Überlegungen

Parallel zu diesen und ähnlichen mehr militärischen Überlegungen wird vorsichtig und - wie man heute sagt - "unterschwellig" auf der politischen Ebene etwa so argumentiert: Natürlich waren wir dafür, daß die Amerikaner mit den Russen Sondierungsgespräche über Berlin geführt haben. Aber zeigt nicht das Ergebnis der jüngsten Genfer Verhandlungen zwischen Rusk und Kromyko, wie recht jene hatten, die von Anfang an nichts von solchen Sondierungen hielten? - Zu denen, die "nichts davon hielten", gehört Staatspräsident de Gaulle, der Freund Dr. Adenauers.

Es dürfte sicher sein, daß die Amerikaner nach diesen Sondierungsgesprächen nunmehr gewiß sind, daß Moskau die Auflösung des "NATO-Stützpunktes West-Berlin" fördert, aber selbst nichts zu geben bereit ist. Diese Gewißheit bedeutet für die Amerikaner keineswegs eine Enttäuschung, denn auch sie waren illusionslos in diese Sondierungsgespräche hineingegangen.

Anderserseits ist man in Washington nicht müßig gewesen. Zahlreiche Ansatzpunkte für Gespräche über Probleme, die weit über die Berlin-Frage hinausgehen, wurden geschaffen. Nicht zuletzt bleiben die Amerikaner und Sowjets in den - zugegeben - zermürbenden Genfer Abrüstungsverhandlungen "am Mann".

Das ist nicht viel. Aber wenn überhaupt eine Lösung des Berlin-Problems im Sinne der Entschärfung in Europa möglich ist, dann wahrscheinlich nicht auf dem Wege über die Fortsetzung und Steigerung des Rüstungsabflaufs, sondern über den eines Rüstungsstopps mit gleichwertigen Rüstungsmaßnahmen auf b e i d e n Seiten.

Soweit dürften die Sowjets nach den Sondierungsgesprächen mit den Amerikanern jetzt auch im Bilde sein, eine Einsicht, die sie vorher durchwegs nicht zu haben schienen, da sie damals immer wieder versuchten, das westliche Lager in der Berlinfrage zu spalten.

Unsere Aufgaben

Was nun? Das fragt sich jeder, der weiter denkt als von einer Gorker Konferenz zur anderen.

Zunächst gilt es, Berlin zu einem kraftvollen wirtschaftlichen und kulturellen Zentrum der freien Welt weiter auszubauen und hierbei zu wissen, daß der Westen und gerade wir in der Bundesrepublik die Übernahme dieser Aufgabe gegenüber den Berlinern als einen Dank anzubieten haben.

Was wäre aus Europa geworden, wenn die Bevölkerung West-Berlins - besonders nach dem 13. August 1961 - nicht mit unerschütterlicher Ruhe allen Provokationen Ulbrichts schmach gelassen hätte? Die Berliner haben die Korven behalten. Sie haben gemeinsam mit der politischen Führung ihrer Stadt, den von Ostern gegen die gefährliche Nervenkrieg auch auf sei dem vorläufigen Höhepunkt an sich abgeleiteten Leuten, Sie sind auch jetzt politisch krisenfester als mancher Führer anderer anderer Strich des Westens, der nicht den ständigen Drohungen und Schreien ausgesetzt ist. Ein einzelnes Versagen der Berliner hätte eine unvorstellbare Katastrophe für uns alle auslösen können. Deshalb ist die Hilfe für Berlin nicht nur eine materielle, sondern auch eine höchst politische Aufgabe aller, die das Glück haben, in einer relativ unbedrohter Freiheit zu leben.

Und dann? - Wir haben an allvergnügten Zwecke der Freunde der Bundesrepublik, die sich verpflichtet haben, Frieden und Freiheit in Europa zu sichern, irgendwelche Vorwürfe zu machen oder ihnen gar mit erhobenen Finger zu zeigen, sie berücksichtigen unsere Sorgen zu wenig.

Niemand wird uns übel nehmen, wenn wir für eine Politik der Sicherung des Friedens und der Freiheit die besten Vorschläge machen, als diejenigen, die bisher bei internationalen Verhandlungen über unsere speziellen deutschen Probleme oder über die Abklärung ganz allgemein vom Westen zur Debatte gestellt wurden. Aber es zu tun, als hätten wir allein die strategisch und politisch richtigen Einsichten, wäre gleichbedeutend mit der Kündigung von Freundschaften, über die die Freiheit Europas - also unsere Freiheit - nicht gesichert werden kann.

Das Primat der Politik

Also, was soll die Führung? Was soll das Schicksal nach der "eigenen europäischen Kraft"? Wer hat ein Interesse daran, daß die Unterwerfung von Oberbefehlshabern zu tiefgründigen Diskussionen über Vertrauen oder Mißtrauen unter der weltlicher Aufsicht ausgesetzt wird? Darf sich Chruschtschow nicht ins Fächerchen lachen, wenn er hört und liest, daß dieses oder jenes "Europa" ganz allein und ohne die Amerikaner für seine Sicherheit zu sorgen gedenkt? Mit "eigenen" Mitteln?

Es beginnt jetzt für Europa und damit für die ganze freie Welt die Zeit der politischen Deutens, bei der alle Aspekte des Waffenabbaus sich darüber einig sind, daß es im Ernstfall keine Brücke auf dem Weg in den Abgrund gibt. Der respektablen Wachsamkeit der Militärs ist jetzt also die Wachsamkeit der Politiker zu überzuordnen.

Das jetzt mehr als bisher sichtbar werdende Primat der Politik kann aber nur zum Frieden kommen, wenn sie in der Vielzahl gewachsener Einheiten die die atlantische Gemeinschaft nicht werden und durch Neukonstruktionen mit kleinkardierten Dimensionen ersetzt werden. Die Gemeinschaft muß sich weiterentwickeln können, sie muß lebendig werden, wenn sie als politisches Instrument den zu erwartenden Belastungen der Gegenseite standhalten soll.

Bravo Eisenhower !

sp . Der frühere US-Präsident Dwight Eisenhower befindet sich zur Zeit auf einer Europereise; "ganz privat", sagt man, obwohl jeder weiß, daß Eisenhower natürlich auch früher geknüpft politische Verbindungen wieder zu festigen gedenkt. Aber das ist seine Sache und die des gegenwärtigen amerikanischen Präsidenten Kennedy, der seinem Vorgänger vor der Abreise nach Europa viel Glück gewünscht hat.

Bei der Ankunft Eisenhowers in Stockholm ereignete sich etwas merkwürdiges. "IKE" benutzte die Gelegenheit einer Begrüßungsansprache, um sich öffentlich und in aller Form bei den Schweden dafür zu entschuldigen, daß er vor zwei Jahren ein abwertiges Urteil über Schweden abgegeben hatte. Damals geisterte durch die Presse der westlichen Welt eine Meldung, wonach im "sozialistischen Wohlfahrtsstaat Schweden" die Anzahl der Trunksüchtigen und Selbstmörder unverhältnismäßig groß sei. Man behauptete, dies sei das "Ergebnis des Wohlfahrtsstaats-Denkens" der schwedischen Sozialdemokratie, das Ergebnis einer permanenten Wohlfahrtslangeweile und "beweise", daß "der Sozialismus zu einer Verrottung des Menschengeschlechtes" führe.

Dwight Eisenhower war - wie viele andere Politiker im Westen auf diesen Unsinn hereingefallen und hatte in den Vereinigten Staaten eine wenig feine Rede gehalten, die in Schweden natürlich helle Empörung auslöste. Es kam zu Demarchen des schwedischen Botschafters in Washington mit dem Ergebnis, daß Eisenhower schließlich einen Entschuldigungsbrief an die schwedische Regierung richtete. Die Sache ist damals in der westlichen Welt kaum beachtet worden, denn wer will schließlich zugeben, daß er einer Falschmeldung zum Opfer gefallen ist.

Jetzt hat Dwight Eisenhower gleich nach dem Betreten schwedischen Bodens eine Verbeugung vor der schwedischen Tüchtigkeit gemacht; er erklärte, er bedaure seine damaligen Äußerungen, die er mit besagter Falschmeldung entschuldigte.

Die schwedische Öffentlichkeit hat diese faire Geste des ehemaligen US-Präsidenten zu würdigen gewußt. Man empfing Eisenhower als gern gesehenen Gast, lobte in der Presse seine Fairneß und gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch andere bedeutende Staatsmänner bei passender Gelegenheit den Mut aufbringen, einen begangenen Irrtum offen einzugestehen.

Bildungsurlaub für alle Arbeitnehmer

Kultureller Fortschritt in Bremen

Eine Initiative des 35-jährigen Bundestagsabgeordneten H. St. Seifriz

- * "Alle Arbeitnehmer haben in jedem Urlaubsjahr einen einmaligen und unabdingbaren Anspruch auf Gewährung eines bezahlten zusammenhängenden Bildungsurlaubs von mindestens sechs Arbeitstagen."

* * *

sp-So steht es im Entwurf eines neuen bremischer Urlaubsgesetzes, den die SPD-Fraktion des kleinsten deutschen Bundeslandes noch kurz vor den Parlamentsferien in der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) mit dem Ziel eingebracht hat, es im Januar 1963 in Kraft treten zu lassen. Initiator dieses Bildungsurlaubs ist der Bremer SPD-Bundestagsabgeordnete Hans Stefan Seifriz, 35, der seine Forderung erstmalig vor gut zwei Jahren öffentlich auf einer Bundesdelegiertenversammlung des Politischen Bildungswerkes "Arbeit und Leben" (Volkshochschulen und Deutscher Gewerkschaftsbund) erhob.

"Bildung ist unser Schicksal"

Das Funktionieren einer modernen, freiheitlich-demokratischen Ordnung hängt heute mehr denn je vom Bildungsstand der Gesellschaft ab. "Bildung ist unser Schicksal" - diese Mahnung hat heute angesichts der Auseinandersetzung mit Kommunismus und Faschismus und angesichts der Probleme einer immer komplizierter werdenden gesellschaftlichen Ordnung in der hochindustriellen Welt eine Bedeutung wie nie zuvor.

Mit dieser Elle müssen daher auch alle Bestrebungen der Kultur- und Bildungspolitik gemessen werden. Dabei geht es sowohl um die Qualifizierung der Begabten, als auch um die Hebung des allgemeinen Bildungsstandards möglichst vieler Bürger unseres Volkes. Solche Forderungen erfüllen, heißt, den Grundsätzen sozialdemokratischer Kultur- und Bildungspolitik im Interesse unseres ganzen Volkes folgen. Bundesregierung und CDU/CSU-Mehrheiten in einigen Bundesländern haben es trotz der beschwörenden Mahnungen vieler deutscher Wissenschaftler und Bildungspolitiker bisher nicht vermocht, den beschämenden "Weltruf" der Bundesrepublik, im Bereich von Kultur und Bildung ein "unterentwickeltes Land" zu sein, wirksam zu begegnen.

Bildungsarbeit als Rechtsanspruch

In dieser Situation bekommt der Bildungsurlaub als Rechtsanspruch für alle Arbeitnehmer seine hervorragende Bedeutung. Für viele Bürger werden jetzt die wirtschaftlichen Voraussetzungen geschaffen, ohne Inanspruchnahme des dringend notwendigen Erholungsurlaubs zusätzlich Zeit aufzuwenden, um längerfristige Veranstaltungen der allgemeinen oder beruflichen Weiterbildung zu besuchen. Ausserdem wird er die Volkshoch-

schulen und andere Einrichtungen der Erwachsenenbildung in die Lage versetzen, ein viel großzügigeres, unserer Zeit und ihren Notwendigkeiten angemessenes Bildungsprogramm zu entwerfen.

Bremen will vorbildlich sein

Bremen will im Herbst darangehen, ein neues Landesurlaubsgesetz zu verabschieden, nachdem die schleppende Behandlung eines Bundesurlaubsgesetzes viele Arbeitnehmer bereits in diesem Sommer um die von den Ärzten so dringend geforderte Ausweitung des Mindesturlaubes auf 18 Arbeitstage betrogen hat.

Das Bremer Urlaubsgesetz soll - in dieser Form erstmalig zumindest in Europa - den bezahlten Bildungsurlaub für alle Arbeitnehmer mit einschliessen. Zwar werden seine Auswirkungen zunächst nur gering sein, weil es noch nicht genügend Heimvolkshochschulen u.ä. gibt, um einer ins Gewicht fallenden Anzahl von Arbeitnehmern die Möglichkeit der Beteiligung an Wochenseminaren zu geben. Das Inkrafttreten des Gesetzes kann aber als Initialzündung sowohl für andere fortschrittliche Bundesländer, als auch für die Einrichtungen der Erwachsenenbildung wirken, so daß dann in einigen Jahren sehr wohl viele Menschen den Bildungsurlaub in Anspruch nehmen dürften.

Weitgesteckte Ziele

Mehrere europäische Länder kennen den Bildungsurlaub bereits in unterschiedlicher Form, auch in einigen deutschen Tarifverträgen ist er auf die eine oder andere Weise verankert. Bremen aber schafft erstmalig den gesetzlichen Rechtsanspruch auf Bildungsurlaub. Er soll für den Besuch von Veranstaltungen bzw. Einrichtungen gewährt werden, deren Bildungsziele in einer Rechtsverordnung, zu der Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Kammern, Kirchen, Volkshochschulen, der Landesjugendring und andere Institutionen gehört werden, anerkannt sind. Der Bildungsurlaubsanspruch von drei Jahren kann jeweils im zweiten Jahr auf einmalig 18 Tage zusammengezogen werden, um dreiwöchige Kurse etc. besuchen zu können.

Wie notwendig der Bildungsurlaub ist, begründet auch Ministerialdirektor Dr. Günter Schelp vom Referat Soziale Neuordnung im Bundesarbeitsministerium. Er schrieb kürzlich in einem längeren Artikel über den Bildungsurlaub u.a.: "Ohne einen ... Bildungsurlaub wird der betreffende Arbeitnehmer, selbst bei der Gewährung von großzügigen Beihilfen für die Kosten der Fortbildung, nur selten in der Lage sein, sich der beruflichen Fortbildung zu widmen!"

Zweifellos: Die fortschrittlichen Bremer haben wieder einmal den Nagel auf den Kopf getroffen!

Vertiefung der deutsch-griechischen Beziehungen

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Der griechische Koordinationsminister Papaligouras bereiste in der Woche zwischen dem 23. und 30. Juli anlässlich eines offiziellen Besuches die Bundesrepublik Deutschland mit dem Ziel, in Bonn einen Vertrag zur Unterstützung Griechenlands und seiner Wirtschaft abzuschließen, nachdem die Vereinigten Staaten am 1. Juli dieses Jahres ihre rückzahlungsfreien finanziellen Zuwendungen gesperrt haben, die bislang in einer Höhe von zuletzt jährlich 18 Millionen Dollar dem Land zur Verfügung standen. Parallel zu einem Kreditgesuch über 200 Millionen DM zur Erschließung eines Braunkohlenreviers bei Megalopolis und zur Errichtung eines Kraftwerkes auf dessen Grundlage, wurde der Minister bei der Bundesregierung wegen einer Verteidigungsbeihilfe für Griechenland vorstellig, die vor einem Jahr schon von den USA - via Bonn angeboten - damals aber von der griechischen Regierung abgelehnt worden war.

Athen braucht Prestige

Der wichtigste Grund für die Kontaktaufnahme mit Bonn aber war der Wunsch, durch die Unterstützung eines der größeren befreundeten NATO-Staaten auf internationaler Ebene wieder an Prestige zu gewinnen, nachdem seit den letzten Wahlen und den darauffolgenden begründeten Anschuldigungen seitens der Opposition betreffs der Legitimität der Regierung Karamanlis diese erhebliche Einbußen an Vertrauen und Selbstvertrauen in Kauf nehmen mußte. Von Seiten der deutschen Bundesregierung brachte man bei den Vertragsverhandlungen Wunsch und Absicht zum Ausdruck, nicht Teilschwierigkeiten innerhalb der griechischen Wirtschaft begegnen zu wollen, sondern einen Beitrag zu einer allgemeinen Hebung des Lebensstandards des griechischen Volkes zu leisten. In dieser Hinsicht hat die deutsche Regierung das volle Einverständnis ihrer Opposition, wie dies Professor Carlo Schmid Minister Papaligouras dieser Tage versicherte.

Illusionen und Realitäten

Bisher gehörte es zu den Eigenarten des Kabinetts Karamanlis, die wirtschaftliche Entwicklung im Lande nie anders als optimistisch zu betrachten. Noch im Herbst des vergangenen Jahres hatte der Ministerpräsident erklärt, daß während der sechs Jahre seiner Amtszeit die Intensität der Wirtschaft und der allgemeinen Industrialisierung einen derartig hohen Grad erreicht habe, wie man ihn in keinem anderen europäischen Lande finden könne. Natürlich führte diese Äußerung schon damals zu lebhaften Diskussionen. Presse und Opposition verglichen die Worte mit den wirklichen sozialen Gegebenheiten des Landes, in dem sich nach offiziellen Statistiken drei Millionen Menschen, das ist ein Drittel der Gesamtbevölkerung, mit monatlich umgerechnet 30 DM Lebenshaltungskosten begnügen müssen. Wie vor kurzem im SPD-Pressedienst berichtet, hat sich die UNO ein Bild der Verhältnisse in Griechenland verschafft und nebenher gewissermaßen - auch den Beweis erbracht, daß die griechische Wirtschaft keineswegs der der Bundesrepublik oder Großbritanniens ebenbürtig ist oder sogar "voraus", wie es Herr Karamanlis behauptet hatte.

Ein Urteil aus den USA

Ein Beitrag im offiziellen Organ des amerikanischen Handelsministeriums, dem "International Commerce", - Juli Heft 1962 - betont, daß die industrielle Entwicklung Griechenlands *v e r s p ä t e t* sei, den neuen Anforderungen unangepaßt, daß die Arbeitslosigkeit ungeheuer sei, und stellt ferner eine enttäuschend schwache Aktivität auf dem Investitionssektor fest. Jetzt, unter dem Druck der Notwendigkeit, geht die Regierung Karamanlis daran, bei verschiedenen Organisationen und befreundeten Staaten um Unterstützung zu bitten, mit dem Ziel, die Sechs-Prozent-Steigerung des Nationaleinkommens innerhalb der nächsten fünf Jahre zu erreichen, damit Griechenland sich in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft etablieren und als vollwertiges Mitglied sich auch selbst empfinden kann. Diese Wirtschaftshilfe beziffert sich in ihrem Gesamtbetrag auf rund 900 Millionen Dollar, wovon die Hälfte bereits als aus eigenen Mitteln gedeckt angesehen werden kann. In einem Memorandum an die OECD hat die Regierung inzwischen die Einsicht bekundet, das Sozialprodukt durch eine Intensivierung der Wirtschaftsentwicklung und durch die Schaffung neuer Produktionsprojekte zu verbessern, wobei sie sich im Gegensatz zu der Erklärung vor einigen Monaten nicht mehr mit optimistischen Worten begnügt, denn gerade jener Optimismus hatte die USA veranlaßt, ihre Hilfe einzustellen; die OECD soll wesentlich zu der Planung der kommenden fünf Jahre und zu dennoch fehlenden Dollar beitragen.

Minister mit guten Vorsätzen

Der deutschen Industrie gegenüber hat Minister Papaligouras erklärt, daß die griechische Regierung fest entschlossen sei, eine Politik der offenen Tür zu führen, daß Griechenland lebhaft an deutschen Privatinvestitionen interessiert sei und genügend Attraktivität für ausländische Handelsinitiativen biete, von der er hoffe, daß sie in der Folge des von ihm im Laufe seines Aufenthaltes in Deutschland mit der Bundesregierung abgeschlossenen Vertrages zur wirtschaftlichen Unterstützung Griechenlands mehr und mehr zum Tragen kommt und eine zunehmende Vertiefung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen überhaupt einleitet. Papaligouras, ein Experte auf diesem Gebiet und Freund der Deutschen, gilt als einer der wenigen fähigen Kabinettsmitglieder der heutigen griechischen Regierung. Im Jahre 1958 war er zur Ursache der vorzeitigen neuen Wahlen geworden, als er mit der Unterstützung weiterer 15 Abgeordneter der Regierungspartei den Ministerpräsidenten Karamanlis stürzte; bis '96' gehörte er der Opposition an; heute ist seine Position wieder zentral und sein Wirkungsbereich wegespannt. Nur bleibt die Frage, ob ein Mann mit dem Vorsatz konkrete positive Arbeit zu leisten - in einem Regime, das von Bürokratismus, einer überalterten, von Korruption nicht ganz freien Verwaltung beherrscht wird, sowie von Gesetzen, die zum Teil einander direkt widersprechen - ob unter diesen Umständen der Wille des Koordinationsministers Papaligouras ausreichen wird, Berge zu versetzen.